Aufruf zum internationalen Aktionstag der Bildungsbewegung 17.11.2009

Internationaler Aktionstag der Bildungsbewegung!

Aufruf zum 17.11

Wir von der internationalen kommunistischen

Jugendorganisation REVOLUTION unterstützen den internationalen Protesttag am 17.11, welcher innerhalb der „Global Weeks of

action“ stattfindet. Neben dem Aufruf des „International Students Movement“(ISM) hat auch die letzte Bildungskonferenz in Bonn den 17.11

unterstützt — wir wollen mit allen unterstützenden Gruppen und Bündnissen den Bildungsstreik weiterführen.

Gerade weil der

17.6 mit mehr als 250 000 TeilnehmerInnen in Deutschland ein erfolgreicher Bildungsstreik war und ein breites Bündnis von SchülerInnen und

StudentInnen dafür mobilisierte, ist es wichtig den Protest weiterzuführen. Besonders die Tatsache, dass der 17.11 ein internationaler

Protesttag ist und bisherige Proteste der ISM, AktivistInnen aus über 20 Staaten, verteilt über alle 5 Kontinente zusammen brachte, ist eine

neue Perspektive der Bildungsbewegung.

Gerade in Deutschland wird dieser Termin wichtig. Bis zum

17.11 werden wir eine neue Bundesregierung haben, welche die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Jugend, die Arbeitnehmer und die

Arbeitslosen abwälzen wird. Ein Bestandteil dieser Politik wird eine weitere Welle von Privatisierung im öffentlichen Bereich sein. Gerade im

Schul -und Ausbildungsbereich sind weitere Kürzungen zu erwarten, der 17.11 bietet uns die Möglichkeit der neuen Bundesregierung

unseren Widerstand auf der Straße zu zeigen.

In der Bildungsbewegung ist es wichtig, dass wir die

internationale Vernetzung und Aktion ausbauen, dass wir gemeinsame Proteste veranstalten und Strukturen für unsere Ziele

aufbauen. Dafür wird es wichtig sein, das die Bildungsbewegung sich aktiv in die Anti-Krisenproteste einbringt,

gemeinsam mit den Beschäftigten und Arbeitslosen müssen wir uns gegen die Auswirkungen der Krise wehren.

Beteiligt euch am 17.11 — geht in eure Bündnisse und fordert Aktionen am 17.11

Unterstützt die internationale Aktion an euren Schulen, Unis und

Berufsschulen!

Unsere Forderungen für die Bildungsbewegung:

Kostenlose Bildung für alle!

– Weg mit dem Mehrgliedrigen Schulsystem! Abschaffung aller Elite- und Privatschulen!

– Weg mit allen Schul-, Uni- und Lehrgebühren!

–

Mindesteinkommen für alle SchülerInnen, StudentInnen und

Azubis ab dem 16. Lebensjahr in Höhe von 1000 Euro Netto! Bezahlt durch Besteuerung der Reichen!

– Studien- und

Ausbildungsplätze für alle!

Keine Repression durch LehrerInnen, ProfessorInnen, AusbilderInnen, Staat und Polizei!

– Abschaffung aller Strafmöglichkeiten wie Tadel, Verweise, Fehlzeiten etc.

– Abschaffung aller

Überwachungskameras und Securitydienste!

– Prinzipielles Verbot des Betretens von Bildungseinrichtungen durch

Polizei und Bundeswehr!

– Sicherheit durch wähl- und abwählbare Strukturen und Tribunale aus SchülerInnen,

StudentInnen,
Azubis,
Ausbildenden,
LehrerInnen etc.

– Für ein Recht auf Streik für SchülerInnen, Azubis,

StudentInnen, aber auch für LehrerInnen und ProfessorInnen (auch verbeamtete)!

Versammlung-

und Meinungsfreiheit für Alle!

Freiräume unter Selbstverwaltung der SchülerInnen, Studierenden und Azubis!

– Für volles Aktions- und Streikrecht aller SchülerInnen, StudentInnen, Azubis, LehrerInnen und der Beschäftigten!

– Ausbau der Rechte der SchülerInnen- ‚StudentInnenvertretung!

– Für den Aufbau einer Klassenkämpferisc

hen unabhängigen SchülerInnen und StudentInnengewerkschaft!

– Für freie und selbstverwaltete Freiräume in

Schule, Uni und Betrieb!

– Volle Organisations- und Propagandafreiheit für SchülerInnen,

StudentInnen, Azubis, LehrerInnen und den Beschäftigten in Schule, Uni und Betrieb!

– Für die Organisation der

Lehrform und -inhalts in Schule, Uni und Betrieb durch Räte von SchülerInnen, Studierenden, Azubis und Ausschüsse

der LehrerInnen und Elternräte auf wähl- und abwählbarer Delegiertenbasis in jeder Funktion!

Kein Bildungsraub!

– Rücknahme aller Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen im Bildungsbereich! Neueinstellung von LehrerInnen und Personal im Bildungsbereich —

voller Personal - und Kostenausgleich in den Bildungsetats!

– Gegen Schulzeitverkürzungen, wie dem G8

Abitur!

Nein zu den Marktinteressen der KapitalistInnen!

– Weg mit Bachelor und

Master!

Vom Bildungsstreik zu Generalstreik! Von der

Gegenmacht zur Rätemacht!

One solution-REVOLUTIO

N

Auf zur Klimakonferenz

nach Kopenhagen!

Auf zum Klimagipfel

nach Kopenhagen!

November 2009

Vom 7. – 18. Dezember findet die nächste Klimakonferenz in Kopenhagen (Dänemark) statt. Ursprünglich sollte dort ein Nachfolgeabkomm

en des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden, um verbindliche Reduktionsziele an Treibhausgasen festzulegen. Dort viele Staaten

haben bereits durchblicken lassen, dass das sowieso nicht mehr zur Debatte steht. Es könne lediglich um Absichtserklärungen für weitere

Verhandlungen gehen. Der Gipfel wurde sozusagen schon lange vor seinem Beginn als gescheitert erklärt.

In aller Ruhe…

Dabei ist schnelles Handeln notwendiger denn je! In jeder Zeitschrift konnte mensch mittlerweile schon nachlesen, welche Schreckensszenari

en durch den vom Menschen verursachten Klimawandel entworfen werden. Auch wenn nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, wie das

Klima genau reagieren und welche Auswirkungen das haben wird, ist unumstritten, dass eine globale Erwärmung im Mittel um 2°C

unvermeidbar ist, dass es noch schlimmer kommt falls der globale Treibhausgasausstoß nicht nachlässt und das die Folgen davon riesig sein werden. Dürren,

Ernteausfälle, Hungersnöte, Trinkwasserknappheit, Wald- und Artensterben, Flüchtlingsströme … das sind nur einige Schlagwörter, die

in diesem Zusammenhang ohne Übertreibung genannt werden können. Und die Herrschenden und Verantwortlichen dieser Welt haben

nicht die geringste Idee, wie sie dieses Problem lösen sollen, außer Absichtserklärungen zu versprechen!

Wie war das noch mit Kyoto?

Vor unser aller Augen zeigt sich ein Maß an Verantwortungslosigkeit, das in der Geschichte der Menschheit seines gleichen sucht. Dabei war schon

das jetzige Modell, das Kyoto-Protokoll, eine Farce. Das Protokoll war ein Versuch, das Problem des Treibhausgasausstoßes in Einklang

mit den Interessen der Wirtschaft anzugehen. Und diese hat sich artig bedankt, indem sie das Abkommen gnadenlos zu ihrem eigenen

Nutzen missbraucht hat. Ein Kern des Protokolls war und ist der sog. Emissionshandel. Länder und Firmen bekommen einen gewissen

Treibhausgasausstoß genehmigt, und wenn sie darüber liegen, müssen sie sich Zertifikate kaufen. Diese Zertifikate wurden allerdings in Massen

unkontrolliert, viel zu billig und teilweise gar umsonst ausgegeben. Viele Energie- und andere Konzerne in Europa haben so angebliche

Kosten, welche sie nie hatten, für ihren Ausstoß auf die Verbraucher durch Preiserhöhungen abgeschoben! Das hat einzig allein an den Gewinnen

der Konzerne etwas geändert, nicht jedoch an dem Treibhausgasausstoß! Ähnlich verhält es sich mit dem sog. Technologietransf

er. Firmen sollten für ökologisch sinnvolle Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern Subventionen erhalten. Die Konzerne haben

sich de facto selbst kontrolliert und Millionensummen für Projekte kassiert, welche ökologisch alles andere als unbedenklich sind

(z.B. Staudämme, „grüne“ Kohlekraftwerke).

Das Problem des Kapitalismus

Deshalb hat dieser Versuch vor allem eins gezeigt: der

Kapitalismus ist unfähig, auf die Klimakrise zu reagieren. Das ist keine platte Übertreibung. Denn die Misstände sind keine Ausnahmen,

sondern die Regel. Wirksamer Klimaschutz kann nicht mit, sondern nur gegen das Kapital organisiert werden! Kein bürgerlicher Politiker oder

Ökonom kann jemals erklären, wie denn eine nachhaltige Wirtschaft mit ständigem Wachstum auf einer endlichen Welt aussehen

soll. Der Kapitalismus ist auf ständiges Wachstum und damit ständig steigenden Energieverbrauch angewiesen! Denn ohne Wachstum

keine Profite. Der Kapitalismus zeichnet sich neben der sozialen Ungerechtigkeit vor allem durch eine enorme Verschwendung von Ressourcen

aus. Produkte werden doppelt und dreifach entwickelt, es wird gegeneinander anstatt miteinander geforscht, Hunderttausende

der bestausgebildeten Ingeunieur_innen sind mit der Entwicklung von sinnlosem Schnickschnack beschäftigt, Kriege verwüsten

die Umwelt auf Jahrzehnte und länger, es herrscht in vielen Bereichen eine beständige Überproduktion (KFZ..) und in ebenso vielen

eklatanter Mangel, und schließlich haben bedeutende Sektoren des Kapitals wie die Ölindustrie und die Energiekonzerne

ein sehr hohes Interesse daran, dass sich der Klimaschutz möglichst langsam und träge entwickelt.

Widerstand nicht

nur gegen die Konferenz, sondern gegen das System!

Wir sollten alle nach Kopenhagen fahren und den Machthabern der

Welt deutlich zeigen, dass sie so definitiv nicht weiter machen können! Der Klimawandel lässt kein Zögern mehr zu, es muss jetzt gehandelt werden!

Gleichzeitig zeigt dieses Thema auch wie kaum ein anderes, dass der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, unsere Probleme zu lösen. Die Alternative ist

eine demokratische Planwirtschaft, welche von unten nach oben organisiert wird und in der Produzent_innen und

Konsument_innen die Gesellschaft und Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen planen. Mit anderen Worten: Sozialismus. Diese Alternative

unterscheidet sich komplett von dem „real existierenden Sozialismus“, wo nicht nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung,

sondern nach denen einer abgehobenen Bürokratie geplant wurde.

Es genügt aber nicht, sich eine schöne ferne

Zukunft auszumalen, sondern bereits jetzt muss der Kampf für die Verwirklichung dieser Ziele aufgenommen werden. Deshalb

müssen wir unsere konkreten Kämpfe mit einer Perspektive zum Sturz des Kapitalismus verbinden!

Wir fordern:

–

Entschädigungslose Enteignung aller privaten Versorgungskonzerne für Energie, Abfallwirtschaft, Gesundheitswesen und Verkehr unter

Arbeiterkontrolle!

– Offener Zugang zu allen Geschäfts- und Planungsvorgängen der Energiekonzerne für räteähnliche

demokratisch transparente Ausschüsse, gebildet aus Beschäftigten, Gewerkschaften und Anwohner_innen!

– für ein starkes Forschungsprogramm in umweltfreundliche und reversible Energieträger

–> bezahlt durch progressive Besteuerung von

Kapital und großem Vermögen!

– für ein enormes Aufforstungsprogramm der Tropenwälder!

– Für den Aufbau

von Internationalen Strukturen und Aktionskomitees im Kampf gegen die Umwelt- und Klimaverschmutzung!

– Für eine demokratisch geführte Planwirtschaft unter Kontrolle der Konsument_innen und Produzent_innen!

Südkorea:

Klassenkampf bei

Ssangyong Motors

September 2009

Am 06. August

2009 stürmten 4000 Bullen mit Hilfe von mehreren Helikoptern, die Tränengas versprühten, privaten Schlägertrupps,

Wasserwerfern und sonstigem schwerem Gerät das Werksgelände von Ssangyong Motors in Pyeongtaek.

„Wenn der Streik zum Krieg wird“

titelte der Stern und in der Tat spielten sich in der südkoreanischen Stadt bürgerkriegsähnliche Szenen ab. Die Staatsmacht ging

äußerst brutal vor. Zahlreiche BesetzerInnen wurden verletzt und verhaftet. Bei der Stürmung der Lackiererei nahm die Polizei in Kauf, dass es, wegen der

dort lagernden hochentzündlichen Stoffe, zu einer Großexplosion hätte kommen können.

Zuvor hatten ca. 1000

ArbeiterInnen die Fabrik 77 Tage lang besetzt gehalten, weil bekannt geworden war, dass die Kapitalisten mit 2650 mehr als ein Drittel der

Belegschaft auf die Straße setzen wollten. Selbst nachdem den Streikenden die Versorgung von Wasser, Nahrung, Strom und Medikamenten

verwehrt wurde, wichen sie nicht zurück. Stattdessen benutzten sie nachts Kerzen und sammelten Regenwasser um nicht zu

verdursten. Sie verteidigten sich mit langen Stangen, Brandbomben und großen Schleudern gegen die Angriffe, so dass die Bullen

und Streikbrecher sich nur noch mit Hilfe von tragbaren Schutzwänden nähern konnten. Über 100 BesetzerInnen wurden bei den

wochenlangen Kämpfen verletzt, einige von Ihnen schwer. Die Verletzten konnten aber nicht einmal ins Krankenhaus gebracht werden,

da sie sogar dort weiter von den Bullen bedrängt wurden.

Mehrere Versuche das Gelände zu stürmen konnten erfolgreich

abgewehrt werden. In Südkorea gab es große Solidarität mit der Besetzung. Vor allem von der örtlichen Bevölkerung und der

Gewerkschaftsbasis wurden Soli-Demos organisiert und Versuche unternommen vor das Werksgelände zu gelangen. Diese Demonstrationen wurden nahezu

alle von den Bullen angegriffen und endeten häufig damit, dass die DemonstrantInnen auseinandergetrieben wurden.

Schließlich endete der Streik aber in einer Niederlage der ArbeiterInnen. Der Großteil von ihnen gab auf als die Bullen die meisten Gebäude des Werksgelände

bereits gestürmt hatten und die Lage nur noch aussichtslos war. Durch den gesellschaftlichen Druck sahen sich die Ssangyong-Manager dazu

genötigt 500 der Entlassungen vorerst zurückzunehmen. Dass heisst aber vor allem, dass nach wie vor über 2000 der ehemaligen

ArbeiterInnen keine Arbeit mehr haben.

Nicht zuletzt müssen die Betroffenen nun nicht nur mit Arbeitslosigkeit

sondern vor allem mit massiver Repression rechnen. Es zeichnet sich ab dass der südkoreanische Staat die BesetzerInnen mit

einer Klagewelle überziehen wird. Zahlreiche Räumlichkeiten wurden durchsucht, darunter auch die von Gewerkschaften,

wo die Polizei 240 Computer beschlagnahmte. Bereits jetzt sind 64 AktivistInnen verhaftet worden. „Gerechte“ Urteile sind nicht zu erwarten.

REVOLUTION verurteilt die Stürmung des Ssangyong-Werks aufs schärfste und erklärt seine vollste Solidarität mit den BesetzerInnen!

Die Streikenden wussten, dass die Kapitalisten sich allerhöchstens zu faulen Kompromissen herablassen würden und dass sie sich gegen die

Bullen verteidigen müssen. Über 2 Monate lang trotzten sie mutig dem Druck der Kapitalisten und des Staats. In dieser Zeit entgingen dem

Großkonzern Ssangyong Motors schätzungsweise 140 Millionen Dollar Profit. Nur mit einem rießigem, militärisch anmutendem

Großaufgebot, konnten die BesetzerInnen geschlagen werden.

Auch wenn dieser Kampf nicht erfolgreich endete

so zeigt dies doch, wie bedrohlich die Vorgehendsweise der Streikenden für das Unternehmen und die konservative Regierung war und was für ein

mächtiges Mittel die Betriebsbesetzung im Klassenkampf für die Arbeiterklasse ist.

Ssanyong war weltweit einer der

militantesten Arbeitskämpfe in den letzten Jahren. Und es war eine der ersten offensiv geführten Auseinandersetzungen im Zeichen der weltweiten

Wirtschaftskrise. Besonders jetzt, wenn der Kapitalismus in einer seiner tiefsten Krisen seit seiner Entstehung steckt verschärft sich der

Kampf zwischen den Klassen. Die Mächtigen, die Reichen, die Kapitalisten versuchen mit aller Kraft die Kosten auf die ArbeiterInnen, die

Arbeitslosen, die Frauen, MigrantInnen und Jugendlichen kurz: die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Kapitalisten wollen uns für ihre Krise bluten

lassen. Dagegen müssen wir uns mit Streiks und Besetzungen wehren!

Atomkraft: die

große Klimalüge

Atomkraft: die große

Klimalüge

REVOLUTION

September 2009

Der

„Atomausstieg“ ist beschlossen, meinen viele. Doch selbst wenn es beim Ausstieg bleibt – die meisten der 17 deutschen Reaktoren haben

noch jahrelange Restlaufzeiten. Auf Druck der Betreiberkonzerne wurden diese bereits mehrfach verlängert. Die CDU hingegen hält gar nichts

vom Ausstieg – nach der Bundestagswahl, so hat sie angekündigt, wird sie den Atomausstieg rückgängig machen. Um den

Protest gegen Kernenergie und die damit verbundene Erzeugung von radioaktivem Müll auf die Straße zu bringen, findet am 5. September in

Berlin eine Demonstration statt. Sie wird von verschiedenen Umweltorganisationen vorbereitet – REVOLUTION unterstützt die Demo und ruft zur

Teilnahme auf.

Die großtechnische Nutzung von hochradioaktiven Stoffen birgt enorme Gefahren für die Menschen.

Unzählige Zwischenfälle bis hin zu „Super-Gaus“ (insbesondere in der UdSSR) zeigen, dass Kernkraftwerke – zumal in der Hand

von Kapitalisten bzw. der stalinistischen Bürokratie – bei weitem nicht so sicher sind, dass der Nutzen die Risiken überwiegt. Zwar existieren in

Deutschland strenge Sicherheitsvorschriften für AKWs, dennoch geschehen häufig Zwischenfälle, da die Vorschriften von den

Betreiberkonzernen regelmäßig umgangen oder missachtet werden. Die Angst vor den Folgen eines schweren Unfalls ist keinesfalls

hypothetisch – bereits heute sind die Gegenden um das Atomkraftwerk Tschernobyl, ebenso wie die weit weniger bekannte

Plutoniumfabrik Majak im Ural unbewohnbar.

Auch in Europa und den USA hat es etliche Großunfälle mit sog. „Kernschmelze“

und Austritt großer Mengen von Radioaktivität gegeben. Werden Menschen einer entsprechend hohen Dosis Radioaktivität ausgesetzt,

sterben sie nach Jahren oder Jahrzehnten an Krebs, oder aber nach wenigen Tagen an der sog. Strahlenkrankheit.

Die Argumentation der AKW-Lobby lautet: Kernkraftwerke erzeugen kein Kohlendioxid und sind daher klimaschonend.

Dies ist zwar richtig – doch erstens ist ein nuklearer Super-Gau sicherlich nichts, was man gegen andere Optionen wie den Klimawandel

abwägen könnte, zweitens ist die Argumentation heuchlerisch, denn die selben Konzerne, die AKWs betreiben – wie E.ON, RWE und Vattenfall –

betreiben auch klimaschädliche Kohlekraftwerke und planen sogar eine Vielzahl von Neubauten. Zudem ist die Kernenergie keinesfalls

nachhaltig – die wirtschaftlich nutzbaren Uranvorkommen werden bei konstantem Verbrauch Schätzungen zufolge in 50-100

Jahren erschöpft sein.

Ein großes Problem beim Betrieb von Kernkraftwerken ist der radioaktive Abfall, die

„ausgebrannten“ Uranbrennstäbe, die eine Vielzahl hochgefährlicher radioaktiver Stoffe enthalten. Sollte derartiger Müll in die Umwelt gelangen, so kann

er riesige Gebiete auf lange Zeit unbewohnbar machen. Bis heute ist nicht bekannt, ob es überhaupt möglich ist, diesen Müll langfristig sicher

einzulagern, sodass er keine Gefahr für Menschen und Umwelt darstellt. Es gibt auch keinen Plan, was mit dem in Deutschland

angefallenen Atommüll geschehen soll. Das sogenannte Forschungsbergwerk Asse, in dem die Endlagerung der Abfälle „erprobt“ wurde,

hat bereits mehrfach für Schlagzeilen gesorgt. In dem ehemaligen Salzbergwerk, in dem große Mengen Atommüll eingelagert

wurden, tritt Wasser ein, welches radioaktive Stoffe ausspülen und in die Umwelt befördern könnte. Zudem könnte laut einem

Gutachten bereits im nächsten Jahrzent die Statik des Bergwerks instabil werden – sprich, das Bergwerk droht einzustürzen. Außerdem wurden

regelmäßig Vorschriften mißachtet. Hingegen verspricht die Bundesregierung in ihrer Großherzigkeit die sichere

Einlagerung der Abfälle in Endlager für eine Dauer von mindestens 1 Mio. Jahren.

Die Entdeckung der Kernspaltung

ist sicherlich eine herausragende technische Errungenschaft. Die Energiemenge, die durch Kernspaltung aus einer gegebenen

Menge des Rohstoffes gewonnen werden kann, übertrifft alle anderen Technologien zur Energiegewinnung um viele Größenordnungen.

Nur dies macht die Kernenergie, die mit der aufwändigen Urananreicherung verbunden ist und den Umgang mit hochgefährlichen radioaktiven

Stoffen erfordert, überhaupt zu einer wirtschaftlichen Alternative zu Kohleverbrennung oder anderen Verfahren. Doch für die

Imperialisten war zunächst nicht die günstige Stromerzeugung Ziel der wissenschaftlichen Forschung. Vielmehr hatten die USA (ebenso

wie das deutsche Reich) während des Zweiten Weltkrieges erkannt, dass die Verfügbarkeit solch gewaltiger Energiemengen den Bau einer

schrecklichen Vernichtungswaffe ermöglicht: der Atombombe. Viele Kernreaktoren dienen ausschließlich dem Zweck, größere Mengen

des spaltbaren Isotops Pu-239 herzustellen, welches in der Natur nicht vorkommt. Doch auch in jedem „zivilen“ Atomkraftwerk

entsteht das zur Produktion von Kernwaffen geeignete Plutonium-Isotop. Nachdem die Brennelemente verbraucht sind, werden die

einzelnen Bestandteile in „Wiederaufbereitungsanlagen“ wie in La Hague (Frankreich) oder Sellafield (Großbritannien) getrennt, und

ggfs. zur Produktion von Atomwaffen eingesetzt. Die Produktion von Atomwaffen ist also untrennbar verknüpft mit der Stromproduktion

in Kernkraftwerken – es werden die selben Technologien zur Anreicherung der benötigten Isotope und zum Betrieb der Reaktoren

verwendet.

Nach heutigem Stand der Technik gibt es keine Argumente für die Kernenergie. Bereits aufgrund der begrenzten

Vorräte fossiler Energie – sowohl Erdöl als auch Uranvorkommen werden voraussichtlich in spätestens 100 Jahren erschöpft sein – ist der

Umstieg auf regenerative Energien die vordringlichste technische Herausforderung unserer Zeit. Dieser ist möglich und keinesfalls,

wie die Energiekonzerne behaupten, erst in ferner Zukunft machbar. Durch Einführung moderner, energiesparender Technologien in

der Industrie kann bereits der Großteil der alten Anlagen stillgelegt werden. Durch Planung der gesamten Industrie kann die Produktion auf

das notwendige Maß reduziert werden. Die restliche benötigte Energie kann mittelfristig durch umweltfreundliche, erneuerbare Technologie

erfolgen.

Doch all dies kann weder isoliert in einem Land, noch kann es überhaupt unter kapitalistischen Voraussetzungen

erreicht werden. Arbeiter und Ingenieure in allen Teilen der Welt müssen zusammenarbeiten, damit moderne Technologien überall verfügbar

sind. Zunächst müssen die schädlichsten und gefährlichsten Kraftwerke abgeschaltet und dort durch neue ersetzt werden, wo es am sinnvollsten

ist. Auch durch Verkürzung der Transportwege in der globalen Warenproduktion kann viel Energie eingespart werden.

Eine geplante und sichere Stilllegung der Kernkraftwerke und eine unter gegebenen Umständen bestmögliche Einlagerung der

Abfälle kann nur unter Kontrolle der Arbeiter und der betroffenen Anwohner erfolgen. Wir vertrauen nicht den Beteuerungen der Atomindustrie,

alles für die Sicherheit der Anlagen zu unternehmen – eine solch gefährliche Industrie kann nicht den Kapitalisten und

ihren Interessen überlassen werden. Wir glauben auch nicht an die „Unabhängigkeit“ der Wissenschaft, die den deutschen Kernkraftwerken

bescheinigt, vor Störfällen geschützt zu sein. Nur wenn die für Kontrolle, Wartung und Inspektion der Anlagen zuständigen

Fachleute von den Betroffenen – Arbeiter und Anwohner – gewählt werden, kann für die Zeit bis zur völligen Stilllegung größtmögliche

Sicherheit gewährleistet werden.

- **geplanter Ausstieg aus der Kernenergie!**
- **Atomanlagen unter**

Arbeiterkontrolle! Ebenso die Einlagerung des Atommülls!

- **Entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne!**

- **unterstützt den Widerstand vor Ort gegen die Endlager wie Asse und Gorleben und gegen Atomkraftwerke!**

- **Konfiszierung**

von gefährlichem radioaktivem Material durch Arbeiterkommitees!

- **gegen die Atomwaffen der Imperialisten!**

- **Kommt zur Demo am 05.09. in Berlin!**

Gemeinsam gegen

die Krise - Aktionst

ag 17.09.2009

Kampf um jeden

Ausbildungsplatz –

gemeins
am
gegen

die Krise!!

Kommt

zum Aktionstag am 17.9!

REVOLUTION

September 2009

In jeder Krise des Kapitalismus stellt sich die Frage, wer die Kosten dafür zahlen muss. Die herrschenden Klasse der ganzen Welt verfolgt dabei ein klares

Ziel: Die Verluste der Bourgeoisie sollen die ArbeiterInnenklasse und die Jugend tragen.

Dabei ist die Jugend am schlechtesten

dran. 26,1% der Hartz-IV-Bezieher waren im Juli zwischen 15 und 25 Jahre alt das sind ca. 1,6 Millionen Jugendliche.

Eine Statistik der Arbeitsagentur sagt dass rund die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher unter 25 Jahren sich bis zum Rest ihres Lebens nicht aus der Armutsfalle

befreien können. Dazu gehören Jugendliche, die weder Schulabschluss haben noch Ausbildung beenden konnten und später

entweder in Arbeitslosigkeit oder Niedriglohnbereich landen, aber auch Jugendliche die eine abgeschlossene Ausbildung haben.

Laut der IG Metall werden rund 50% der Auszubildenen von ihren Betrieben nicht übernommen. Ein Scheinargument der Kapitalisten ist: „Wegen der

Wirtschaftskrise können wir uns keine Übernahme leisten“.

Von der IG Metall gibt es zurzeit die Kampange „Operation

Übernahme“, in der die Unternehmen aufgefordert werden, ihre Auszubildenen zu übernehmen und die Azubis selbst durch öffentliche

Aktionen dazu motiviert werden, in ihren Betrieben für eine Übernahme zu kämpfen. Diese Kampange unterstützen wir und wollen mit der

Gewerkschaftsjugend den Kampf für Ausbildung und Übernahme führen. Es werden immer weniger Auszubildene übernommen obwohl in

manchen Belegschaften sogar Überstunden angeordnet werden. In den meisten Unternehmen herrscht derzeit

Kurzarbeit, bzw. sind schon viele Leih –und Zeitarbeiter entlassen worden – diese Situation nutzen die Kapitalisten. Viele Azubis werden

nicht übernommen, oder müssen darum fürchten ihre Ausbildung überhaupt beenden zu können; als Begründung

nennen die Kapitalisten natürlich die Krise. Zwei weitere Scheinargumente dazu sind: „Ausbildung oder Übernahme –

beides zusammen lässt sich nicht finanzieren.“ oder etwa „Sollen wir eine Mutter oder einen Familienvater wegen der Übernahme eines

Auszubildenen entlassen?“

Fakt ist: ohne Berufserfahrung verliert eine Ausbildung schnell an Wert, da viele

Kapitalisten lieber Arbeitnehmer mit Berufserfahrung einstellen. Nach längerer Arbeitslosigkeit direkt nach der Ausbildung werden die

Einstiegschancen in den Beruf immer schlechter.

Am 17. Juni waren mehr als 250 000 Jugendliche in Deutschland anlässlich des

Bildungsstreiks auf den Straßen; wir kämpften für bessere Bildung und gegen Studiengebühren. Diesen Kampf wollen wir auch mit der

Gewerkschaftsjugend führen – gemeinsam können wir die Interessen der Jugend gegen die Angriffe von Staat und Kapital verteidigen.

Wir von Revolutionen kämpfen für:

– Übernahme aller Auszubildenen – für ein Recht auf freie Ausbildung, jeder Azubi muß

seine Ausbildung beenden können!

–

Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen die ArbeiterInnen in der Krise

entlassen!

– Abschaffung von Harz IV und allen Sanktionen und Arbeitszwang!

– Besteuert die Reichen! Für eine massive

Steuererhöhung für große Konzerne und Superreiche

– Gleicher Lohn für gleiche Arbeit unabhängig von Alter, Geschlecht

oder Nationalität

– Mindestlohn, festgelegt durch die Organisationen der Arbeiterbewegung!

– Beteiligt Euch am bundesweiten Aktionstag gegen die Krise am 17.9!

– Gemeinsam für eine antikapitalistische Jugendbewegung!

National er

Antikriegstag? - Die neue

Argumentation der

Neofaschisten

National er Antikrie

gstag?

Die Argume

ntation der Neofasc

histen

REVOLUTION
September 2009

Angesichts des „nationalen Antikriegstags“

planen Neonazis am 5. September 2009 in Dortmund eine Großdemonstration, um der Öffentlichkeit ihre menschenverachtenden Ideologie

unter dem Vorwand des Pazifismus und Antikapitalismus zu präsentieren. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise droht die Gefahr

des Wachstums der faschistischen Bewegungen immer akuter zu werden – eine Entwicklung, der nur der entschiedene Kampf gegen den

braunen Hassmob entgegengesetzt werden kann!

Wir von REVOLUTION rufen wie zahlreiche AntifaschistInnen

in ganz Deutschland zur Gegendemonstration am 5. September in Dortmund auf, um den Nazis zu zeigen, dass wir ihr Spiel

durchschauen, um sie zu demaskieren und ihren rassistische Ideologie zu offenbaren.

Wie bereits vor den

Demonstrationen der letzten 4 Jahren scheuen sich die Neonazis nicht, in Vorbereitung des „nationalen Antikriegstags“ ihre realen Ziele

unter einem pseudo-antimilitaristischen Deckmantel zu verstecken. Doch im Gegensatz zur vorherrschenden Strategie der letzten Jahrzehnte

sind die Faschisten bemüht, sich radikal und antikapitalistisch zu profilieren. Die hierbei dominierende Strömung

bezeichnet sich selbst als „Autonome Nationalisten“ und als „Freier Widerstand“ – ein eindeutiges Aufgreifen linksradikalen

Vokabulars. Auch die Kleidung der „Autonomen Nationalisten“ ist von Einflüssen antifaschistischer Bewegungen geprägt; so demonstrieren

auch viele Nazis inzwischen in „schwarzen Blöcken“ und tragen Palästinensertücher.

Doch der radikal-antikapitalistische

Eindruck verschwindet nach einem Blick unter die Oberfläche.

So behaupten die Faschisten in ihrem Aufruf, den Kampf gegen die

imperialistischen Kriege der USA zum Ziel zu haben und Gerechtigkeit und Frieden anzustreben. Da diesen Kriegen das kapitalistische Wirtschaftssystem

zugrunde liege, müsse man das Übel an der Wurzel fassen und den Kapitalismus zu überwinden versuchen. So weit, so gut… Doch der

imperialistischen Globalisierung wird der völkische „soziale“ Nationalismus entgegengesetzt. Laut den naiven Parolen der faschistischen

Demagogen funktioniert Kapitalismus international – ein nationales System muss also sozialistisch sein. Die Erklärung des Kapitalismus

bleibt ebenso wie die Erläuterung der angeblichen nationalistischen Alternative aus; kein Wunder, denn eine nationale Alternative zum

Kapitalismus gibt es nicht, schon gar nicht eine sozialistische.

Anders als die Nazis behaupten beruhen Wirtschaftssystem

e primär auf den Beziehungen der im Produktionsprozess involvierten Klassen zueinander, also auf den Produktionsverhäl

tnissen – nicht auf ideellen Konstrukten wie Nationen und Völkern. So existieren im Kapitalismus maßgeblich zwei soziale Klassen:

das Bürgertum als die Produktionsmittel besitzende Klasse und die lohnabhängige Arbeiterklasse. Doch allein diese Tatsache wird von

den vorgeblich sozialistischen Nationalisten schon verleugnet. Anstelle von Klassen berufen sie sich auf Volk und Nation. So lassen die

Faschisten die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen der sozialen Klassen unter den (Stamm-)Tisch fallen und unterstellen

identische Interessen innerhalb von „Volk“ und „Nation“. Diese Interessen stehen laut ihnen im Widerspruch zum globalen

Kapitalismus. So fordern die angeblich radikal-antikapitalistischen Faschisten nicht etwa eine Alternative – sie setzen sich für einen aggressiven,

nationalen, deutschen Kapitalismus ein.

Eine derartige Strategie ist alles andere als neu – auch in den 1930ern

profilierten sich weite Teile der NSDAP als antikapitalistisch. Ebenso wie die heutigen Faschisten versuchte Hitler, sich als Pazifisten

und Antimilitaristen darzustellen, während er zugleich die Interessen des Großkapitals durchzuführen bemüht war und

so massive Kriegsvorbereitungen in die Wege leitete.

Dass der Faschismus eine kompromisslose Form des

Imperialismus darstellt, gilt trotz der heuchlerischen Behauptungen seiner Anhänger auch heute. Somit muss der Kampf gegen den

Faschismus ein Kampf gegen die bürgerliche Klasse sein, denn ihre Interessen werden durch den Faschismus realisiert.

Der

Antifaschismus gewinnt in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zunehmend an Aktualität; in anderen europäischen Ländern wie

Ungarn und Großbritannien erstarken faschistische Parteien und Bewegungen bereits deutlich und auch in Deutschland

häufen sich rechtsextreme Übergriffe.

In Dortmund selbst, mittlerweile Hochburg der Faschisten im

Westen Deutschlands, griffen am 1. Mai 300 Neonazis eine Gewerkschaftsdemonstration gewaltsam an.

Wir von

REVOLUTION fordern den bedingungslosen Kampf gegen Faschismus, Nationalismus und Rassismus! Antifaschismus heißt

Klassenkampf – am 5. September in Dortmund und überall sonst auf der Welt.

Welche Bildung

wollen wir? Für welche

Strukturen kämpfen

wir?

Juni 2009

Am 15.-19. Juni werden in einem bundesweiten Bildungsstreik SchülerInnen,

Studierende, LehrerInnen und Eltern gemeinsam auf die Straße gehen, um ihre Stimme für ein besseres Bildungssystem zu erheben. Die

Bildungsproteste an den Schulen, Berufsschulen und Universitäten richten sich gegen die soziale Selektion in der Bildung. Neben der Forderung

nach ausreichenden finanziellen Mitteln und mehr Lehrpersonal stellen sich die SchülerInnen und Studierenden gegen jegliche

Repressionen und Einschränkungen in Schule und Uni. Die gemeinsamen Forderungen nach einer besseren Ausstattung der Bildungseinrichtungen, der

Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, der Anstellung von mehr LehrerInnen, der Ablehnung von Schul- und Studiengebühren

und der Rücknahme von Schulzeitverkürzungen (Turbo-Abi) werden von allen sozialen Gruppen, von SchülerInnen und Studierenden, LehrerInnen und

Eltern, unterstützt. Doch die Proteste beschränken sich bislang darauf, von den jeweiligen zuständigen Ministerien der Länder mehr

„Geld für Bildung“ zu erbitten. Wir von REVOLUTION hingegen wollen, dass Schüler und StudentInnen selbst gemeinsam mit Lehrern und Eltern bestimmen,

wie viel Geld die jeweilige Bildungseinrichtung wofür braucht. Die Grundlage der Situation in der Bildung ist das kapitalistische Verwertungssyste

m unserer Gesellschaft. Die Politik im Kapitalismus ist stets bemüht, den Wünschen der Privatwirtschaft nachzukommen und so Ausgaben

für wirtschaftlich nicht lukrative Bereiche wie die Bildung zu reduzieren – zugunsten von Unternehmen und Banken. Gerade in der aktuellen

Wirtschaftskrise sehen wir, wie den Banken und Konzernen hunderte Milliarden an Staatsgeldern hinterher geschmissen

werden, während wir selbst Kürzungen hinnehmen müssen.

Unser Kampf gegen die Missstände im Bildungssystem

muss also zwangsläufig ein Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem sein, ein Kampf, der nur dann erfolgreich sein kann, wenn wir

geschlossen zusammenhalten. Unsere Ziele können wir nur gemeinsam mit den Protesten der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen

gegen Staat und Kapital durchsetzen.

Die Kürzungen der letzten Jahre, die den Bildungsnotstand verursacht haben und täglich

verschärfen, können wir nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn wir die Struktur der Kürzungen und der Privatisierung ganzer Bereiche

der Bildung abschaffen. Dazu gehört vor allem die Finanzhoheit des Ministeriums über den Haushalt jeder einzelnen Schulen, Berufsschulen und

Unis – die Landesministerien haben bei der Zuweisung des Geldes stets das letzte Wort. Mit jeder Kürzung werden die Bedingungen so

für uns schlechter, mit jeder Privatisierung teurer, ohne dass wir auch nur ansatzweise darüber entscheiden könnten.

Innerhalb der Schule selbst sind die Ministerien und die Interessen der Wirtschaft durch den Schulrektor repräsentiert, welcher durch

disziplinarische Mittel Schüler - und Lehrerschaft kontrolliert. Kultusminister und Rektoren setzen die Erlasse an der Schule durch,

SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und Beschäftigte sind nur in der sogenannten „Gesamtkonferenz“ vertreten, einem Gremium, das nur

wenige Entscheidungen trifft und eigentlich nur existiert, um die Erlasse des Ministeriums in der Schule umzusetzen.

Wir fordern, dass die Gruppen des Bildungsstreiks, dass die Schüler und StudentInnen, die LehrerInnen und Eltern die Entscheidungen darüber treffen,

wie viel Geld sie für ihre Schule bzw. Uni bekommen – nur sie, keine Beamten oder Minister, können diese Frage im Interesse aller

Beteiligten beantworten.

Der bürgerliche Staat und die föderalen Institution setzen seit Jahren den Bildungsabbau um, privatisieren

Bereiche innerhalb der Schule und Uni und schachern der Privatwirtschaft mittlerweile auch die Lehrinhalte zu – diesem Staat wollen wir die

Hoheit über die Bildung entreißen, an diesen Staat stellen wir keine Bitten – diesen Staat bekämpfen wir!

Wir von REVOLUTION

schlagen ein alternatives Konzept zur von der Wirtschaft und ihren staatlichen Institutionen beherrschten aktuellen Bildung vor. Schul- und

Universitätsräte, zusammengesetzt aus den SchülerInnen bzw. StudentInnen, den Beschäftigten und LehrerInnen brauchen keinen Rektor, keine

Dienstverpflichtungen und keine Sparhaushalte. Diese Räte sollen das Budget selbst erarbeiten, Privatisierungen bekämpfen und rückgängig

machen und so vollständige Selbstbestimmung in der Bildung durchsetzen. Dazu gehört die Abschaffung der sozialen Selektion in den

Bildungseinrichtungen. Statt der Aufteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium fordern wir eine gemeinsame Bildung ohne

soziale Einschränkungen und ohne Förderung privater Eliteschulen!

In der Schule und Uni müssen wir die volle

Lernmittelfreiheit erkämpfen.

Gerade der Zugang zu Bildung wird durch das dreigliedrige Schulsystem massiv erschwert.

Wenn bürgerliche Politiker von „bildungsfernen Schichten“ in der Gesellschaft sprechen, dann weil sie selbst armen und arbeitslosen

Familien und Kindern von Alleinerziehenden den Zugang zur Bildung systematisch behindern.

Wenn wir für eine solche

gemeinsame auf der Organisation in demokratischen Rätestrukturen basierende Bildung kämpfen, so kämpfen wir für ein Bildungssystem

ohne Konkurrenz und soziale Spaltung – eine grundlegende Eigenheit der vom Kapitalismus unterworfenen Gesellschaft. Unser bürgerlich-

kapitalistisches Bildungssystem spaltet zunächst die Jugendlichen in „Bildungsklassen“ auf. Ab der 5.Klasse werden der weitere

Bildungsweg und so auch die späteren Arbeitsmöglichkeiten der Jugendlichen vorbestimmt – ein Hauptschüler wird niemals Ingenieur,

eine Realschülerin niemals Ärztin. Dies sind die Interessen des kapitalistischen Arbeitsmarkt, für jede Form der späteren Arbeit soll es genügend

Bewerber geben; diese Auslese, zusammen mit der Verkürzung der Abiturzeit, setzt die SchülerInnen schon früh massiv unter Druck.

Wenn wir von

anderer, von gerechter Bildung sprechen, so sprechen wir von einer Gesellschaft, die den Kapitalismus überwunden und das Profit- und

Repressionssystem des bürgerlichen Staats hinter sich gelassen hat. „Bildung im Sozialismus“ bedeutet das Ende der sozialen Selektion,

bedeutet gleicher, freier und zeitlich nicht beschränkter Zugang aller Menschen zur Bildung statt schulischer Auslese, bedeutet

gemeinsames Lernen und die beste Förderung mit allen zu Verfügung stehenden Mitteln. Konkret heißt dies nicht nur mehr LehrerInnen und

kleinere Klassen, sondern auch Abschaffung der staatlichen Kontrolle an den Schulen, Abschaffung jeglichen von außen auferlegten

Leistungsdrucks und somit das Ende der „bürgerlichen Bildung“. Aus dem heutigen Schulsystem kennen wir alle den Satz, „das

brauchst du später im Leben eh nie“ – mit autoritärem Frontalunterricht werden den SchülerInnen Fakten eingepaukt, die sie dann in Klausuren

abgefragt bekommen – so funktioniert heute Bildung, so sollen die SchülerInnen auf den kapitalistischen Arbeitsmarkt vorbereitet

werden. An der Uni wird das dann fortgeführt, dort gibt es die wohlklingende Bezeichnung „Fachidiot“ – das kapitalistische Bildungssystem

soll nur neue verwertbare Arbeitskräfte formen, diese brauchen keinen allgemeinen und wissenschaftlichen Zugang zur Bildung, nein, sie

müssen später „ihren“ Aufgabenbereich im Arbeitsmarkt beherrschen können – mehr nicht.

Schon Marx benennt dies, als

„Spaltung von Kopf -und Handarbeit“ welche nicht nur die Klasse auf dem Arbeitsmarkt spaltet, sondern auch in ihren Bildungszugängen

vorher trennt. Sozialistische Bildung soll diese Spaltung überwinden, Bildung soll als Einheit von Lernen und Arbeiten

verstanden werden, das Wissen soll in allen Bildungsbereichen praktisch erfahrbar werden. Sozialistische Bildungstheoretik

er wie Edwin Hoernle nennen diese Bildung, „polytechnische Bildung“ – alle Bereiche der Bildung werden darauf ausgerichtet, dass

Theorie und Praxis zusammenlaufen und alle „Empfänger“ einen vollständigen Zugang zur Wissenschaft und deren Anwendung

bekommen.

In der Bildungsstreikbewegung müssen wir darüber diskutieren, was unsere Vorstellungen von einer anderen

Bildung sind und so Alternativen ausarbeiten.

Wir dürfen unseren Protest nicht auf Demos und isolierte Proteste beschränken, um

nach dem Bildungsstreik wieder einzuschlafen. Wir als Jugend müssen für unsere Zukunft kämpfen – gegen Bildungs - und Sozialabbau,

gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Dafür müssen wir uns gegen Staat und Kapital organisieren, müssen eine antikapitalistische

revolutionäre Jugendbewegung aufbauen. Wir von REVOLUTION wollen mit Euch in der Streikwoche aktiv sein, wollen mit Euch die weitere

Perspektive des Widerstands diskutieren und so eine starke kämpferische Jugendbewegung aufbauen.

Der Faschis

mus: eine antikapi

talistische Kraft?

Juni 2009

Zuletzt am 1.Mai haben wir eine Reihe von Nazi-Aufmärschen erlebt, die – trotz vielfacher Überlegenheit der linken Gegenaktionen –

eine relative Stärke der faschistischen Bewegung demonstrieren konnten. Zu solchen Anlässen kann es kein „guter Demokrat“

auslassen, seine antifaschistische Position zu beteuern und die Faschisten zu verurteilen. In diesem Licht präsentieren sich die Nazis als eine

radikale politische Alternative, die die Interessen des „kleinen Mannes“ und des „Volkes“ vorbehaltslos vertreten.

Hierbei ist es nichts neues, dass

Nazis auch phrasenhaft mit linker Rhetorik agitieren. Sie wenden sich gegen den amerikanischen Imperialismus (natürlich nicht

gegen den deutschen), gegen Ausbeutung (daher Jobs nur für Deutsche) und gegen den „multinationalen“ Kapitalismus, der nicht mehr dem

Wohl des Volkes dient.

außen radikal, innen reaktionär

Der Hintergrund dessen ist, dass sie die Schwäche der Arbeiterbewegung ausnutzen und

enttäuschte Kleinbürger, aber auch Arbeiter, mit radikalen Phrasen locken wollen. Deutlicher denn je zeigt sich das bei den sog. „Autonomen

Nationalisten“. Diese Kopieren das gesamte Erscheinungsbild der autonomen Linken – angefangen bei Kleidung, Auftreten und

Taktik auf Demos, bis hin zu Organisationsformen und teilweise gar politischen Parolen.

So liest man auf der Seite der „Autonomen

Nationalisten Schmallenberg“:

„Der Nationale Sozialismus ist eine progressive Weltanschauung, das heißt dies muss sich auch im

Erscheinungsbild bemerkbar machen. Die Linke macht dies seit langem erfolgreich vor, nun liegt es an uns, selbiges Konzept

aufzugreifen und es auszubessern.“

Hinter dieser, wie sie sagen, „progressiven“ Fassade steckt jedoch originäre faschistische

Ideologie. Die Vorgehensweise dieser Nazi-Gruppen liegt darin, jegliche linke Politik in ihrem Inhalt zu pervertieren und für reaktionärste

Ziele zu verwenden.

Kann der Faschismus für Arbeiter und Jugendliche eine wirkliche, antikapitalistische Alternative

darstellen? Er kann es nicht, denn als Phänomen der kapitalistischen Klassengesellschaft entspringt er der Klasse der Kleinbürger, nicht

der Arbeiterklasse. Gemeinsam mit der herrschenden Klasse, der Bourgoeisie, kann er ein terroristisches Regime errichten,

das unter anderem der brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse dient. Die Ideologie der Nazis ist eine vollkommen widersprüchliche

Mischung aus Rassismus, Nationalismus, Esoterik und sozialistischen Phrasen. Weder stützen sie sich auf eine Analyse der Gesellschaft,

noch haben sie eine zumindest in sich geschlossene Theorie. Ihre „philosophische Grundlage“ ist nicht die materialistische, wissenschaftlichen

Herangehensweise, sondern eine Form des Idealismus, die zur Begründung ihres Volk – Rassismus – Sozialismus – Gemenges

letztlich immer auf Religion und Mythologie ausweichen muss. Aufgrund der inhaltlichen Unzulänglichkeiten der faschistischen

Ideologie schweißt sich diese Bewegung nicht durch ein politisches Programm zusammen, sondern durch gemeinsame

Gewalt, Machtdemonstration und Pogrome. Warum sind nun die Nazis nicht antikapitalistisch? Ihre Ziele stehen den objektiven Erfordernissen

zum Sturz des Kapitalismus diametral entgegen.

Wenn wir die Einheit der Weltarbeiterklasse und aller Unterdrückten

gegen die herrschenden Klassen fordern, spalten die Faschisten diese hundertfach in Nationen, Ethnien, Religionen.

Wenn wir gegen

die Kriege der Imperialisten kämpfen, rechtfertigen die Faschisten diese als legitimen Wettbewerb der Völker.

Wenn wir die

Repression des bürgerlichen Staates angreifen, fordern die Faschisten Verfolgung und Tod.

Allen AntikapitalistInne

n muss klar sein, dass diese Bewegung zutiefst reaktionären Charakter hat und entschlossen und militant bekämpft werden muss.

Ursachen

Die faschistische Bewegung hat ihre Wurzeln in der Krise des Kapitalismus, insbesondere in der „Prekarisierung“ des

Kleinbürgertums. Sie sind ihrem Wesen nach ständig vom sozialen Abstieg bedroht und entwickeln daher bisweilen radikal-kleinbürgerliche

Ideologien, welche die Konkurrenz durch die großen Kapitale angreifen und soziale Absicherung fordern. Aufgrund ihres Klassenhintergrun

des können sie jedoch nicht den Kapitalismus als alleinige Ursache ihrer sozialen Situation identifizieren. Daher paart sich bei den Faschisten

verlogener „Antikapitalismus“ mit Rassismus und Hetze gegen Minderheiten, die für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden.

Dass Faschistische Organisationen die Krise nutzen können, ist jedoch keinen naturgegebener Prozess, die „Opfer“ der Krise wenden sich nicht

„automatisch“ oder „als erstes“ der Rechten zu, wie auch manche Linke meinen. Dass sich Schichten des Kleinbürgertums, aber auch

politisch wenig bewusste ArbeiterInnen und Jugendliche massenhaft Nazis zuwenden, ist immer auch das Resultat eines politischen

Versagens der Arbeiterbewegung gewesen, wenn diese keine Antworten auf die Zerstörung der Perspektiven, der Lebensgrundlagen der Massen durch

die kapitalistische Krise zu geben in der Lage ist – sprich eine Perspektive der revolutionären Überwindung des Kapitalismus zu verfechten.

Auf einer solchen Grundlage der Zuspitzung der Verhältnisse und des Versagens der Arbeiterbewegung kann der Faschismus in der Tat zu einer

Massenbewegung werden. Zur Herrschaft gelangt der Faschismus jedoch nur, wenn die Bourgeoisie in ihm ein geeignetes

Instrument für ihre Interessen erblickt, ihre konterrevolutionären innenpolitischen wie außenpolitischen imperialen

Interessen nur noch durch eine faschistische Herrschaftsform gewahrt sieht.

Der Faschismus ist eine kleinbürgerliche Bewegung, die von

der Bourgeoisie als Waffe gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wird. Das bedeutet brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung

, Militarisierung und Hochrüstung, Verfolgung und Ermordung von MigrantInnen und Minderheiten.

Doch dies ist auch für die Bourgeoisie nicht

ohne Gefahr, könnte eine faschistische Bewegung und der Kampf gegen sie ja auch zur Machteroberung durch die Arbeiterklasse und

zur sozialistischen Revolution führen. Überall dort, wo Faschisten die Macht im Staat übernahmen, wurde vom ersten Tag an die Arbeiterbewegung

verfolgt, unterdrückt und zerschlagen. Dies verweist klar darauf, dass die faschistische Bewegung ein Instrument der Bourgeoisie ist.

Weit verbreitet ist die Ansicht, die Bundesrepublik und ihr Staat seien im Grunde „antifaschistisch“ und Verbündete im Kampf gegen die Nazis. Jedem

vorgeblichem Antifaschismus der bürgerlichen Politik zum Trotz lehnen wir diese Position ab. Der bürgerliche Staat ist ein Instrument der herrschenden

Klasse und kann jederzeit wieder auf die Rechten zurückgreifen, wenn das kapitalistische System bedroht wird.

Zudem wissen wir,

dass der Staat selbst faschistische Organisationen wie die NPD aufbaut und kontrolliert, indem Agenten der Geheimdienste

dort aktiv sind. Den Kampf gegen Rechts in die Hände der Bourgeoisie zu legen, ist daher blauäugig und dient dem Zweck, den

antifaschistischen Kampf der Linken und der Arbeiterklasse zu schwächen.

Verbotslosung

Wir lehnen es ab, den Faschisten irgendwelche

demokratischen Rechte zuzugestehen, die die Arbeiterbewegung dem kapitalistischen Staat abgerungen hat. Wir treten

dafür ein, der brauen Brut von Beginn jede Form der eigenen Organisierung, der öffentlichen Propaganda, der Indoktrination in der Schule oder

im Betrieb durch die Aktion der Arbeiterbewegung, der Jugend, von MigrantInnen und der Linken zu verwehren.

Es ist jedoch falsch, ein Verbot

faschistischer Organisationen zu fordern. Dies würde bedeuten, an den Klassenfeind zu appellieren, um die Arbeiterklasse zu verteidigen. Es

nährt die Illusion, dieser Staat sei wirklich antifaschistisch. Zudem wollen wir dem Staat nicht das Instrument des Verbots erlauben, da er

dieses unter der Formel der „Extremismusbekämpfung“ ebenso gegen linke Organisationen einsetzen wird. Als RevolutionärInnen

werden wir niemals eine Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates unterstützen, auch nicht im Namen des Antifaschismus.

Stattdessen muss der Kampf gegen Rechts auch genutzt werden, um den Staat zu bekämpfen.

Wie die diversen Verbote von Nazi-Organsiationen

in den letzten Jahren gezeigt haben, sind sie auch unwirksam – die Rechten organisieren sich nur neu unter anderem Namen. Im Kampf gegen

Nazis sind Selbstverteidigungsstrukturen nötig, keine Verbote!

Der Kampf gegen Nazis muss auch von den Gewerkschaften geführt werden.

Hier können Millionen von ArbeiterInnen mobilisiert und politisiert werden. Jedoch lehnen die reformistischen Führungen diesen politischen Kampf

ab und überlassen ihn der bürgerlichen Polizei – also jenen Organen, die bei der nächsten Demo Linke drangsalieren und beim nächsten

Streik Streikbrecher schützen. Der Kampf gegen Nazis muss jedoch Sache der Arbeiterklasse sein bzw. werden! Wir müssen daher

in den Massenorganisationen der Klasse für eine kämpferische Politik und gegen die reformistischen Führungen eintreten.

Autonome Antifa

Wir unterstützen den Kampf der Antifa-Gruppen gegen die Nazis. Diese gehören zu den entschlossensten Teilen der

antifaschistischen Bewegung. Wir gehen daher gemeinsam mit ihnen auf Demos und stellen uns den Nazis entgegen. Jedoch lehnen es die

anarchistisch/autonomen Antifa-Gruppen oft ab, funktionierende Organisationsstrukturen zu bilden und Einheitsfontabsprachen zu treffen.

Ihr Kampf ist daher zwar oft radikal, bleibt aber individualistisch. Wir treten dafür ein, für Demonstrationen Selbstverteidigung

gegen Faschisten und Bullen zu organisieren und eine Aktionsleitung einzusetzen, die alle beteiligten Gruppen koordiniert.

Vor allem aber versteht die Antifa-Szene es nicht, dass ein politischer Kampf gegen den in der Arbeiterklasse dominierenden Reformismus in

Gestalt des DGB, der SPD und der Linkspartei geführt werden muss. Dieser Kampf kann sich aber nicht nur auf die Frage des Faschismus

beschränken. Schon allein deshalb erweist sich die „Ein-Punkt-Bewegung“ der Antifa als unzureichend. Letztlich ist für uns der Kampf

gegen den Faschismus – anders als von vielen Antifas propagiert – kein besonderer, vom Kampf gegen Sozialabbau, Auswirkung der

Krise, Rassismus und antimilitarismus_und_antiimperialismus getrennter Kampf. Auch der Kampf gegen den Faschismus muss mit den Mitteln

des Klassenkampfes geführt werden. Daher lehnen wir auch klassenübergreifende, volksfrontartige Bündnisse im

Kampf gegen den Faschismus ab. Die deklassierten oder überhaupt von der Krise betroffenen ArbeiterInnen und Jugendlichen werden für keine

antifaschistische Front gewonnen werden können, wenn sich dort zugleich dieselben ehrenwerten Kapitalisten und bürgerlichen Politiker tummeln,

die sie jetzt auf die Straße werfen. Ebenso geht des darum, den Kampf gegen imperialistische Politik (z.B. gegen die Unterstützung der

Unterdrückung der PalästinserInnen in Gaza) mit dem Kampf gegen den Faschismus verbinden. Wie sonst sollen z.B. MigrantInnen für

eine gemeinsame Aktion gegen Nazis gewonnen werden, wenn ihnen vorgeblich linke Organisationen die notwendige Solidarität gegen

den Imperialismus verweigern?

Heute befinden wir uns in einer Rezession, die das kapitalistische System in seiner Existenz bedroht, die Massen in

Arbeitslosigkeit und Armut treibt und die imperialistische Konflikte verschärft. Andererseits sind die Massen enttäuscht über

ihre reformistischen Führungen und suchen nach Alternativen. Die Nazis versuchen, von dieser Situation zu profitieren.

Doch von einer faschistischen Massenbewegung sind wir – zum Glück – noch weit entfernt. Die Frage der richtigen Strategie gegen die

Faschisten stellt sich aber jederzeit. Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die stark genug und objektiv daran interessiert ist, den Faschismus zu

besiegen. Jedoch können wir die Kräfte nur bündeln, wenn auch Gewerkschaften und reformistische Parteien den antifaschistischen

Kampf unterstützen. Daher müssen sie dazu aufgefordert werden; wenn sie es tun: gut, wenn nicht, hilft das bei der Zerstörung der Illusionen in

sie.

Im Kapitalismus können wir die Faschisten nicht endgültig besiegen. Dieser reproduziert ständig die Bedingungen, die

zur Entstehung des Faschismus beitragen. Daher müssen wir der faschistischen Barbarei den Kampf für die sozialistische Revolution

gegenüberstellen und den Weg vom antifaschistischen Kampf zum Sturz des Kapitalismus aufzeigen.

Europa Wahlen

am 7.Juni

Europäischer Widerstand der Jugend und der ArbeiterInnen

gegen Krise und Sozialabbau

Juni 2009

Während am 7.Juni das Europaparlament gewählt wurde, befindet sich die Jugend und die

Beschäftigten Europas im Widerstand gegen den Sozial- und Bildungsabbau und die Massenentlassungen.

CDU/CSU und FDP verteidigen mit ihrem Wahlkampf vor allem die „deutsche“ Position in der EU, die Interessen der deutschen Wirtschaft. Sie

stellen sich als die einzig wahren Vertreter der „deutschen Werte“ dar.

Anders gestaltet sich der Wahlkampf der

reformistischen Parteien SPD und Linkspartei. Besonders die Themen Mindestlohn, Regulierung der Finanzmärkte, soziale Sicherheit

und Klimawandel stehen bei ihnen im Vordergrund.

Die Grünen verbinden dagegen „linke“ Forderungen bei Mindestlohn mit

ihrer Vorstellung eines „grünen Kapitalismus“, dem „Green New Deal“ zu dem EU-Wahlslogan WUMS (dies soll Wirtschaft, Umwelt, Mensch,

Sozial heißen).

Die SPD kämpft beispielsweise gegen „Dumpinglöhne“ – symbolisiert durch ein 50Cent Stück – dies von der

Partei, die die 1Euro Jobs in Deutschland eingeführt hat und durch den Sozialabbau den Niedriglohnbereich massiv ausgebaut hat.

Ebenfalls ist interessant, dass die SPD gegen „Finanzhaie“ populistisch ins Feld zieht, diese sollen verantwortlich sein für die

Finanzkrise – die meisten Lockerungen im Finanzbereich wurden von Rot/Grün beschlossen – die SPD gibt sich „linker“ als es in

11 Regierungsjahren jemals zu erkennen war.

Für SPD und CDU sind diese Europawahlen Testwahlen für die

Bundestagswahl im September, beide großen Parteien versuchen sich stärker zu profilieren, schließlich war es in der „Großen

Koalition“ schwierig Unterschiede festzustellen – daher die SPD als Vorreiter der sozialen Gerechtigkeit und die die CDU/CSU

als wahlkämpfende Deutschlandflagge.

Die Linkspartei will durch die EU soziale Mindeststandards

durchsetzen, tritt für einen einheitlichen Mindestlohn sowie die gleiche Bezahlung von Frau und Mann ein und fordert auch den Abzug

aller Besatzungstruppen aus Afghanistan – damit stellt sich die Linkspartei zumindest im Wahlkampf gegen die Politik der „Großen

Koalition“, gegen die Politik, welche die sie im Berliner Senat seit 8 Jahren mit durchsetzt.

Schwerpunkt der Agitation der

Linkspartei soll der Schutz der Beschäftigten, Arbeitslosen und Armen vor den Auswirkungen der Krise sein – „Schutzschirm für die Menschen“,

Beschäftigungssicherheit und die Verstaatlichung maroder Banken werden gefordert. Diese Forderungen sind richtig, so unkonkret sie

teilweise auch sind. Deswegen rufen wir die Jugend auch zur Wahl der Linkspartei auf. Dies ist jedoch eine „kritische Unterstützung“ –

wir wissen, dass die Linkspartei eine reformistische Partei ist, die jede der angekündigten Versprechungen für eine

Regierungsbeteiligung über Bord werfen wird – dies zeigt sie in Berlin täglich. Ohne den „Druck der Straße“, den organisierten politischen Kampf

der Massen, wird sie keine einzige dieser Maßnahmen umsetzen. Wir wissen aber auch, dass diese Partei Ausdruck der Krise des

Reformismus ist – die offen bürgerliche Politik der SPD ab 2003 (Hartzgesetze und Sozialabbau) war der Grundstein für die erste Abspaltung von

der SPD in der BRD und hat auch Teile der Gewerkschaftsbürokratie von der SPD getrennt. Viele der fortschrittlichsten Aktivisten und

Gewerkschafter sind nun in der LINKEN organisiert.

Obwohl sich DIE LINKE In Berlin jeden Tag als Handlanger der SPD entlarvt, gibt

es viele Hoffnungen und Illusionen in diese Partei.

Unsere Unterstützung der LINKEN geschieht mit dem Ziel, den

wahren Charakter dieser Partei offenzulegen.

Nach der Wahl müssen wir von ihnen die Umsetzung jedes einzelnen Versprechens

fordern. Sollte sie dies verweigern, müssen wir sie hierfür aufs Schärfste kritisieren und eine klassenkämpferische Opposition

gegen ihre Politik organisieren.

Rassistischer Krieg

auf Sri Lanka - Tod,

Hunger und Vertreib

ung

Juni 2009

Seit mehr als 30 Jahren herrscht auf Sri Lanka ein blutiger Krieg gegen die

Bevölkerungsminderheit – die Tamilen. Dieses Volk stellt ungefähr 20% der Staatsbevölkerung, ihre Hauptsiedlungsgebiete liegen im

Nordosten der Insel. Die „Befreiungstiger“, die LTTE kämpfte mehr als 30 Jahre für die nationale Unabhängigkeit und die nationale Selbstbestimmung

der Tamilen. Ende Mai erklärte der sri -lankesische Präsident Rajapakse diesen Krieg für beendet, die Armee eroberte die letzten Regionen

und Stellungen der LTTE. Seit fast einem Jahr führte die Armee eine blutige Offensive – mehr als 8.000 Tote und 250.000 Vertriebene sind das Resultat

dieses rassistischen Kriegs. Für die sri-lankesische Regierung wurde der Krieg, als „Krieg gegen den Terrorismus“ geführt – dafür

bekam die Regierung auch die militärische und finanzielle Unterstützung des Imperialismus, USA, Großbritannien und die EU

führten die LTTE ebenfalls als „Terroristen“.

Im Kriegstaumel bricht der sinhalesische (Bevölkerungsmehrheit der Sinhalesen)

Nationalismus offen aus, hinter den „Siegesfeiern“ unter dem Motto, „Sri Lanka – eine Nation“ gibt es Aufrufe der Nationalisten gegen die

Kriegsgegner vorzugehen – bei Präsident Rajapakse heisst das „ Es gibt keine Bevölkerungsmind erheiten in diesem Land, es gibt nur zwei Gruppen: die

eine liebt dieses Land und die anderen nicht“. Solche Formulierungen kennen wir noch von Ex US-Präsident Bush, die Politik auf Sri

Lanka ist die gleiche wie in Afghanistan oder dem Irak, die vertriebenen und gefangenen Zivilisten werden vom Staat in Lager gesteckt. Wohl

mehrere Zehntausende Tamilen sind derzeit interniert, jederzeit im Verdacht als möglicher „Tiger“ den Tod befürchten zu

müssen.

Die Regierung verspricht, das es dem Volk nach dem Sieg im Krieg nun auch wirtschaftlich besser kann, eine alte Kriegslüge

von kapitalistischen Staaten und erst recht für das von der Wirtschaftskrise stark betroffene Sri Lanka.

Die mehrheitlich

tamilischen Regionen im Norden und Osten der Insel wurden vom Krieg gezeichnet, die Bevölkerung vertrieben, selbst internationale

Hilfsorganisationen dürfen derzeit nicht in die Regionen(auch nicht in die Gefangenenlagern), daher ist noch nicht abzusehen wie hoch die

Schäden für die Bevölkerung sein werden.

Dieser Krieg hat enorme Ressourcen des Landes verschlungen, seit Monaten

galoppiert die Inflation, schon jetzt tragen Arbeiterklasse und die Bauern die Kosten für den rassistischen Krieg. Die nächsten sozialen

Angriffe sind absehbar, immer trägt die Mehrheit die Kosten am Krieg.

Jetzt ist es wichtig das die fortschrittlichen Kräfte Sri Lankas

gegen die nationalistische Welle der Regierung und der sinhalesischen Rassisten zusammen stehen, die tamilischen Gemeinden und

Viertel im Süden des Landes gemeinsam gegen mögliche Pogrome verteidigen.

Gemeinsam mit den sozialen Kämpfen, die zu erwarten sind

muss die Arbeiterklasse Sri Lankas sich entschlossen gegen das nationalistische Regime Rajapakses stellen.

Auch wenn der Staat den Konflikt mit den Tamilen jetzt für beendet erklärt hat, ist der Kampf der Tamilen für ihre demokratischen Rechte, für ihre

nationale Selbstbestimmung nicht zu Ende. Es muss ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse, der Bauern und der Jugend werden – ein Kampf gegen

den Kapitalismus und gegen die sinhalesische Bourgeoisie.